

Offene Worte

Online Nr. 86

Zeitung der LINKEN für den Barnim 21. Febr. 2021, 30. Jahrg.

Anstieg der Mieten **bremsen!**

Die Mietpreisbremse beendete die Brandenburger Landesregierung zum 31. Dezember 2020. In den nächsten Wochen soll eine neue beschlossen werden, für nur noch 19 statt bisher 31 Orte. Im Barnim würden Bernau und Ahrensfelde raus fallen. Städte und Gemeinden wehren sich und DIE LINKE im Landtag beantragt bessere Regelungen, die flexibler für mehr Orte gelten sollen.



Pressekonferenz der LINKEN im Brandenburger Landtag im Livestream am 19. Februar, v.l.n.r.: Alexa Lamberz, Pressesprecherin, Isabelle Vandre, wohnungspolitische Sprecherin der LINKEN, Ute Hustig, Bürgermeisterin Nuthetal, Andre Stahl, Bürgermeister Bernau, Sebastian Walter, Fraktionsvorsitzender. Foto: bc

DIE LINKE im Brandenburger Landtag führte ihre Pressekonferenz am 19. Februar gemeinsam mit zwei Bürgermeister:innen durch: Die Gemeinde Nuthetal und die Stadt Bernau sind beides Orte, in denen bis zum 31. Dezember 2020 die Mietpreisbremse galt und die künftig für sie entfallen soll, wenn der Vorschlag des CDU-geführten Infrastrukturminderiums beschlossen wird. Danach sollen künftig nur noch 19 statt bisher 31 Brandenburger Städte und Gemeinden in die Mietpreisbremse einbezogen werden. Sie beinhaltet bis zum Jahresende – im Verwaltungsdeutsch – die Mietpreisbegrenzungs- und Kappungsgrenzenverordnung. Damit sollten Mietsteigerungen bei Neuvermietungen auf 10 Prozent oberhalb der ortsüblichen Vergleichsmiete und bei Bestandsmieten auf 15 Prozent innerhalb von 3 Jahren begrenzt werden. In Städten und Gemeinden, die nicht von dieser Verordnung erfasst werden, sind Steigerungen von 20 Prozent erlaubt. Im Barnim hatten die betroffenen Stadtverordnetenversammlungen Werneuchen und Bernau sowie die Gemeindevertretung in Ahrensfelde von der Landesregierung eine Verlängerung gefordert.

Seit fast einem Jahr setzt sich DIE LINKE im Landtag bereits dafür ein, dass die Verordnungen verlängert werden. „Denn auch außerhalb des berlinnahen Raumes steigen die Mieten überproportional, weil der Druck aus der Großstadt wächst“, erklärte Sebastian Walter, Fraktionsvorsitzender der LINKEN im Landtag, auf der Pressekonferenz.

Und verdeutlichte es an einem Barnimer Beispiel: In Bernau klettern die Mieten, aber inzwischen ebenso in Eberswalde, in kleineren Orten, bis in die Uckermark.

Als Grundlage für die Verlängerung der Mietpreisbremse wollte die Landesregierung im letzten Jahr ein Gutachten vorlegen. Seit dem Frühjahr hatte DIE LINKE dies angemahnt. „Vorgelegt wurde es uns aber erst im Dezember, kurz vor Ende der Verordnungen“, regt sich Sebastian Walter auf.

Das Gutachten generell sei nicht qualifiziert, erläutert die wohnungspolitische Sprecherin der LINKEN im Landtag, Isabelle Vandre. Sich verändernde Sozial- und Wirtschaftsstrukturen wie zum Beispiel der Bau des Tesla-Werkes und der damit zu erwartende Zuzug blieben unberücksichtigt. Auch würden Kommunen nicht übergreifend als gemeinsame Region definiert. André Stahl, Bürgermeister von Bernau, schilderte, was dies bedeute: In Panketal gebe es hauptsächlich Einfamilienhäuser, viel selbst genutztes Wohneigentum. Wer nun Mietwohnraum benötige, suche eben auch in Bernau.

DIE LINKE will deshalb im Landtag beantragen, dass das Gutachten in diesem Sinne überarbeitet wird. Hinzu kommen soll, dass künftig schneller Orte in die Mietpreisbremse aufgenommen werden können. Denn die neuen Verord-

nungen sollen wieder für 5 Jahre gelten. Es müsse möglich sein, auf aktuelle Entwicklungen in den Orten zu reagieren, so DIE LINKE.

Durch das Steuerreformgesetz 1990 wurde die Wohnungsgemeinnützigkeit aufgehoben. Zuvor sicherte eine gemeinnützige Wohnungswirtschaft in Deutschland preiswerten Wohnraum. Seitdem gehören immer mehr Wohnungsunternehmen großen Finanzinvestoren oder sind börsennotiert. Die Folge ist oft rendite- statt sozialorientierter Wohnungsbau.

Deshalb gehe es mit der Mietpreisbremse nur darum, das noch stärkere Ansteigen der Mieten zu verhindern, betonte Bernaus Bürgermeister André Stahl. Ergänzt werden müsse dies aber durch künftig wieder bessere Konditionen für sozialen Wohnungsbau, die die Landesregierung auflegen müsse.

Julia Mertens



Staatliche Hilfe für die Rendite der Aktionäre.

Gewinn für die einen, Kurzarbeitergeld für die anderen!

Es ist unglaublich: Der Auto- und LKW-Bauer Daimler (mit Mercedes-Benz) verkündete am 18. Februar einen satten Gewinn für das Geschäftsjahr 2020: 4 Milliarden Euro! Ja, gemeint ist tatsächlich das Corona-Jahr 2020.

Erinnern Sie sich noch an das Frühjahr: Die Autoindustrie rief nach staatlichen Hilfen – und erhielt sie auch. Jetzt scheute sich der Vorstand von Daimler nicht, zu erklären, dass Kurzarbeitergeld und Entlassungen zu größerer Effektivität geführt hätten. Super! Staatliche Hilfe für die Rendite der Aktionäre!

Dagegen warten Kleinunternehmen und Soloselbstständige auf ihre Unterstützung. Vielen wäre mit einem Unternehmerlohn von gut 1.000 Euro jeden Monat geholfen. Wo bleibt das Soziale in der Marktwirtschaft? (bc)



Herausgeber: Virtuelle AG Offene Worte der LINKEN Barnim & Kreistagsfraktion der LINKEN
Kontakt: DIE LINKE Barnim, Heegermühler Straße 15, 16225 Eberswalde, Telefon zurzeit: 03334-385488
E-Mail: offeneworte@dielinke-barnim.de; ViSdP: Sebastian Walter.

nächste OW am
24. Februar